



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

19.01.2015

Unsere Werte sind stärker als der Terror Fundamentalismus und Fanatismus haben in Deutschland keinen Platz

Die Anschläge in Paris zu Beginn des Jahres, die auf die offene Gesellschaft der westlichen Welt zielten, erschütterten uns. In der Debatte zum Terror in Frankreich im Plenum des Deutschen Bundestages vergangene Woche wurde zum Ausdruck gebracht, dass diese Anschläge gegen unsere Freiheit, unsere Werte und die Art und Weise wie wir zusammenleben gerichtet waren. Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Opfern und ihren Familien. In einer Situation wie dieser müssen wir uns jedoch auch die Frage stellen, ob unser Land für die Herausforderungen, die die Feinde der westlichen Lebensweise uns stellen, gerüstet ist und ob wir alles für die Sicherheit unserer Bürger tun.

Kampf gegen den islamistischen Terror fortsetzen

Im Rahmen unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben wir - nicht alleine angesichts der furchtbaren Geschehnisse in Paris aber dennoch davon beeinflusst - beschlossen, uns konsequent für den Kampf gegen islamistischen Terror einzusetzen. Wir haben den Bundesjustizminister dazu aufgefordert, einen Gesetzentwurf für die Umsetzung der UN Resolution 2178 vorzulegen. Die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 24. September 2014 verabschiedete Resolution sieht den Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen als eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Um ihn einzudämmen werden die Mitgliedsstaaten der UN dazu aufgefordert, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um Konflikte beizulegen und terroristischen Gruppen die Möglichkeit zu verwehren, Wurzeln zu schlagen und sichere Zufluchtsorte zu schaffen. Die Umsetzung der Resolution ist bei uns glücklicherweise auf den Weg gebracht. Das entsprechende Bundesgesetz muss darauf abzielen, die Finanzierung und Unterstützung des Terrorismus zu unterbinden. Wer terroristische Vereinigungen finanziell unterstützt, muss zukünftig leichter strafrechtlich verfolgt werden können. Gleiches gilt auch für Terrorcamps. Darüber hinaus sollten allerdings auch die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass aktiv gegen die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen durch unsere Sicherheitsbehörden vorgegangen werden kann, wie dies früher der Fall war. Dazu müssen wir beispielsweise Wege zur Radikalisierung in sozialen Netzwerken beobachten. Zum Kampf gegen den Terror gehört aber auch die Unterstützung gegen IS und al-Qaida. Deshalb war die Unterstützung im Kampf gegen die Barbarei der Dschihadisten in Syrien und im Irak in Form von humanitärer Hilfe, Ausrüstung und Waffen richtig.

Reisebewegungen erfassen

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terror müssen wir einen besseren Überblick über die Reisebewegungen der Gefährder erlangen. Das schließt die Intensivierung der Grenzkontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union ein. Ebenso müssen wir erreichen, dass der internationale und innereuropäische Informationsaustausch verbessert wird. Bekannte Gefährder müssen als solche bei den Behörden erfasst werden. Um innereuropäische Reisebewegungen besser nachvollziehen zu können, benötigen wir außerdem ein Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten. Nachgewiesenen Dschihadisten, die neben einer weiteren noch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, muss diese entzogen werden können, um sie an einer Wiedereinreise in unser Land zu hindern.

Neuregelung der Speicherung von Verbindungsdaten

Angesichts der aktuellen Lage müssen wir die Mindestdauer der Speicherung von Verbindungsdaten unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung neu regeln. In vielen unseren europäischen Nachbarländern ist eine solche Speicherung über mehrere Monate hinweg möglich. Das sollte auch für Deutschland gelten, wenn es um die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus geht. Ich hoffe, dass wir uns diesem Thema ohne parteipolitische Scheuklappen nähern können und dabei den Rat all derjenigen befolgen, die mit der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus zu tun haben.

Unser Kampf gegen den Terrorismus hat nicht erst mit den Anschlägen in Paris begonnen. Er und die Vorkommnisse in Belgien zeigen aber, dass wir nochmals überdenken müssen, ob unsere bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich ausreichend waren. Wir müssen uns angesichts dieser Geschehnisse auf die Grundwerte besinnen, die den Kitt unserer Gesellschaft bilden und diese Werte aktiv verteidigen. Dazu gehört die Würde des Menschen, die gegenseitige Toleranz, das Recht auf Leben, die Meinungs- und Glaubensfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Unsere Maßnahmen im Kampf gegen Fundamentalismus, Fanatismus und Terror müssen dabei jedoch immer vom zentralen Grundsatz unserer Rechts tradition, der Verhältnismäßigkeit, geleitet sein: So viel Freiheit wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig. Freiheit und Sicherheit sind in einem Rechtsstaat zwei Seiten einer Medaille. Nur aus der Balance dieser beiden Werte schöpft unsere Gesellschaft ihre Kraft.